3.11.2016 - Pressemitteilungen Redaktionsmeldungen

Pressemitteilung von EUFam's vom 24. Oktober 2016

Das Projekt EUFam's hat kürzlich die Veröffentlichung einer Datenbank für Rechtsprechung bekanntgegeben. Unter der Rubrik „Public Database“ auf www.eufams.unimi.it erreichen Sie ab sofort die erste Version des Verzeichnisses, das in den letzten Monaten von den Projekt-Partnern gefüllt wurde. Die Datenbank enthält bereits **über 400 Entscheidungen** zu grenzüberschreitenden Streitsachen in familienrechtlichen Angelegenheiten, bei denen EU-Verordnungen umgesetzt wurden, darunter von Gerichten aus Bulgarien, Kroatien, der Tschechischen Republik, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Slowakei und Spanien. Die Sammlung soll in den kommenden Monaten sukzessive erweitert werden.

Das Projekt EU Fam’s

Das Projekt „Planning the future of cross-border families: a path through coordination“ (kurz: EUFam's) analysiert die **Umsetzung verschiedener EU-Verordnungen** durch Mitgliedsstaaten, genauer von den Verordnungen

- Nr. 2201/2003 (Brüssel IIa-Verordnung, s. dazu Coester-Waltjen in FamRZ 2005, 241)
- Nr. 1259/2010 (Rom III-Verordnung, s. dazu Helms in FamRZ 2016, 1134)
- Nr. 4/2009 (Unterhaltsverordnung, s. dazu Henrich in FamRZ 2015, 1761)
- Nr. 650/2012 (Erbrechtsverordnung, s. dazu Dutta in FamRZ 2013, 4)

sowie von diverser Haager Übereinkommen. Dadurch sollen Schwierigkeiten erkannt werden, die die Umsetzung der Regelungen bei Gerichten und Anwälten verursacht und Lösungen gesammelt und geteilt werden.

Partner des Projektes sind:

- Universität Mailand (Projektkoordinator)
- Universität Heidelberg
- Universität Osijek
- Universität Valencia
- Universität Verona
- Max-Planck-Institut Luxemburg für internationales, europäisches und regulatorisches Verfahrensrecht
- Italienische Vereinigung für Familienrecht (AIAF)
- Spanische Vereinigung für Familienrecht (AEAFA)
- Italienische Richterakademie (SSM)

- Kroatische Richterakademie

Das Projekt EUFam's wird von der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission kofinanziert.

Quelle: Pressemitteilung von EUFam's vom 24. Oktober 2016